



„WIR MÖCHTEN EIN MALI FÜR ALLE MALIER*INNEN“

DIE ZUKUNFT DES FRIEDENS- PROZESSES IN MALI

Alexander Thurston im Interview mit der freien Journalistin Odile Jolys

Im Jahr 2012 besetzten separatistisch orientierte Tuareg mit der Unterstützung von Islamist*innen den Norden Malis. Im Spätfrühling rissen die Islamist*innen die Kontrolle über den Aufstand an sich und drängten die separatistischen Kräfte beiseite. Nachdem die Regierung durch einen Militärputsch gestürzt wurde, rückten die islamistischen Kämpfer*innen im Januar 2013 nach Zentral-Mali vor und schienen kurz vor einem Sturm auf die Hauptstadt Bamako zu stehen. Frankreich intervenierte, mit Rückendeckung der Afrikanischen Union und der Vereinten Nationen. Obgleich die französischen und afrikanischen Kräfte schnell die Kontrolle über die Städte Nord-Malis wiedererlangten, gelang es ihnen nicht, den Dschihadismus im Norden zu besiegen oder dieser zutiefst gespaltenen Region einen dauerhaften Frieden zu bringen.

Fünf Jahre später sind die ausländischen Soldat*innen, die französische Operation Barkhane und die UN-Mission (MINUSMA) noch immer im Land. Doch im Kontext immer neuer Terrorattacken auf die Zivilbevölkerung sowohl in Mali als auch in den

Nachbarstaaten ist die Unsicherheit bloß stetig gewachsen.

Alexander Thurston¹ beschreibt die Lage in Mali und beleuchtet den Stand des Friedensprozesses.

DREI JAHRE NACH DEM FRIEDENSABKOMMEN VON BAMAKO, WO STEHEN WIR HEUTE?

Im Norden Malis ist eine schwere Krise zu verzeichnen, während sich gleichzeitig die Sicherheitslage im Zentrum des Landes, besonders in der Region Mopti sowie im Nordosten von Segou, zusehends verschlimmert.

Die Lage ist wahrlich prekär. Trotz erster Schritte zur Umsetzung des Friedensabkommens gestaltet sich der Prozess ausnehmend langsam.

¹ Alexander Thurston ist Dozent im African Studies Program an der Georgetown University in Washington D.C.

Zu seinen Forschungsgebieten gehören der Islam sowie die Politik in West- und Nordafrika. Vor kurzem veröffentlichte er das Buch „Boko Haram. The History of an African Jihadist Movement, Princeton University Press 2017“.

So war einer der Eckpfeiler des Friedensabkommens die Einrichtung gemeinsamer Patrouillen unter der Federführung des Operativen Koordinationsmechanismus (MOC).²

Vergangenes Jahr, nach der Gründung des MOC in Gao, kam es jedoch zu einem verheerenden Selbstmordattentat mit 60 Toten. Sprich: Das Misstrauen zwischen den Vertragsparteien und das Vorhandensein von Kräften, die den Prozess zu sabotieren versuchen, bedeuten, dass jeder einzelne Schritt genau bedacht werden muss.

Demobilisierung und Entwaffnung sind nur schwer zu erreichen. Der Versuch, Kämpfer*innen im Tausch gegen Geld zur Abgabe ihrer Waffen zu bewegen, könnte dazu führen, dass diese einfach das Geld nehmen und noch mehr Waffen kaufen. Der Einsatz von Zwang zur Abgabe der Waffen wiederum könnte zu gewaltsamen Auseinandersetzungen führen. Aktuell lauten die brennendsten Fragen: Wie kann es gelingen, die Menschen zur Aufgabe des bewaffneten Konflikts zu bewegen? Und: Welches sind die richtigen Anreize zu Demobilisierung und Entwaffnung? Solange die Milizen über Waffen verfügen, können sie Gemeinden und die Regierung unter Druck setzen. Und heute, da wir eine Ausweitung der Gewalt vom Norden in den Süden Malis beobachten, gibt es tatsächlich mehr Milizen als noch vor ein paar Jahren.

Ein weiterer zentraler Aspekt für die Umsetzung des Abkommens war die Einrichtung von Interim-Behörden in den wichtigsten Städten. Einige der Amtsinhaber*innen können aufgrund der instabilen, von Gewalt geprägten Lage nicht in die entsprechenden Regionen reisen. Es ist also noch ein langer Weg. Unter den Beteiligten herrscht große Frustration, dennoch zögern sie, das 2015 in Algerien unterzeichnete Abkommen aufzukündigen. Manche fordern

² Das MOC (Mécanisme Opérationnel de Coordination) in Gao ist eine militärische Einheit mit 600 Mitgliedern, die der malischen Armee sowie verschiedenen der bewaffneten Vertragsparteien entstammen.

Nachbesserungen, aber nur wenige der wichtigsten Vertragsparteien wollen das Abkommen komplett neu aushandeln.

WIE ERKLÄREN SIE SICH DEN BEINAHE VOLLSTÄNDIGEN STILLSTAND BEI DER UMSETZUNG DES FRIEDENSABKOMMENS?

Es gibt viele Vorwürfe, Anschuldigungen und Verdächtigungen. Die wichtigste ehemalige Rebellengruppe im Norden, die CMA³, wirft der Regierung beispielsweise vor, ihren Verpflichtungen nicht nachgekommen zu sein. Das als „Plattform“ bezeichnete Bündnis regierungstreuer Milizen wiederum fühlt sich im Friedensprozess an den Rand gedrängt, obgleich sie zu den unterzeichnenden Parteien gehörten. Die zur Plattform gehörigen Gruppen betrachten das Friedensabkommen hauptsächlich als eine Vereinbarung zwischen der Regierung und den Tuareg- und arabischen Eliten; sie monieren, dass es weder alle ethnischen Gruppen noch die Zivilgesellschaft im Norden des Landes berücksichtigt. Die Regierung, in der hauptsächlich Personen aus dem Süden sitzen, ist ihrerseits der Meinung, dass die ehemaligen Rebellen-Gruppen nicht aufrichtig waren. Und obgleich beide den Vertrag unterschrieben haben, gibt es innerhalb der CMA und auch der Plattform Konflikte. Hinzu kommen neue Gruppen mit ethnischem Hintergrund, die sich bewaffnen, um als Akteure anerkannt und im Friedensprozess Berücksichtigung zu finden. Der starke Zuwachs solcher kleiner bewaffneter Gruppen stellt für den Friedensprozess eine enorme Hürde dar.

WARUM VERSCHLECHTERT SICH DIE SICHERHEITSLAGE IN ZENTRAL-MALI?

Bereits schwelende Konflikte entwickelten sich mit dem Aufstand von 2012 zu einem größeren Brand. Bei diesen Spannungen ging es um Ressourcen sowie um Landnutzung. Im Zentrum standen dabei Konflikte

³ Die CMA (Coordination des Mouvements de l'Azawad) ist eine der Parteien des Friedensabkommens.

zwischen bäuerlichen und Hirtengemeinschaften sowie zwischen Hirtengemeinschaften und denjenigen, die den Zugang zum Weideland kontrollieren. Hierfür zahlen Hirt*innen eine bestimmte Summe pro Tier, was natürlich zu Konflikten über den konkreten Preis führt. Darüber hinaus gibt es Konflikte zwischen ethnischen Gruppen und unter den Peul, einer der größten ethnischen Gruppen in Zentral-Mali. Nicht zuletzt sind viele der Meinung, dass oligarchische Politiker*innen sich verbündet hätten, um ihnen möglichst viel Geld aus der Tasche zu ziehen.

Ein weiteres Problem ist die weitverbreitete Korruption. Bei juristischen Streitigkeiten um Land und Rechte wenden sich die Menschen in der Hoffnung auf faire und angemessene Schlichtung an die Behörden, die jedoch vielerorts korrupt sind und zugunsten der meistbietenden Partei entscheiden.

2012 begannen sich viele Menschen in bewaffneten Gruppen zusammenzuschließen oder beteiligten sich am Aufstand. Mit der französischen Intervention kehrte auch die malische Armee zurück und behandelte die Zivilbevölkerung sehr schlecht. In diesem Kontext versuchen die Islamist*innen nun, die Unterstützung der Bevölkerung im Zentrum des Landes zu gewinnen, indem sie sich als Beschützer*innen der kleinen Leute gegen die Eliten darstellen und alternative Modelle zur Verwaltung von Ressourcen vorschlagen.

WIE STEHT ES UM DEN NEUEN KONFLIKT ZWISCHEN DEN MILIZEN DER PEUL UND DER DOGON? ENTWICKELT SICH DA EIN NEUER ETHNISCHER KONFLIKT IN MALI?

Ohne wirklich ein ethnischer Konflikt zu sein, führt die Ausweitung des Konflikts zunehmend zu einer Aktivierung und Verhärtung ethnischer Identitäten. Gemeinschaften, die sich bedroht fühlen, greifen zu den Waffen. In Teilen der Region Mopti, wo die Peul und Dogon viele Jahre lang friedlich koexistierten, bietet die aktuelle von Unsicherheit und Spannungen geprägte Situation den optimalen Nährboden für das Entstehen von Milizen entlang ethnischer Linien.

FÜR JULI SIND PRÄSIDENTSCHAFTSWAHLEN VORGESEHEN. VERFÜGT DER AKTUELLE MALISCHE PRÄSIDENT NOCH ÜBER GENUG LEGITIMITÄT, UM DEM FRIEDENSPROZESS EINE POSITIVE RICHTUNG ZU GEBEN?

Sollte es dieses Jahr wirklich Wahlen geben, könnte sich der Präsident durchaus für eine zweite Amtszeit aufstellen lassen. Bei der Bevölkerung ist er größtenteils unbeliebt und gilt als korrupt. Andere werfen ihm vor, nicht genug getan zu haben. Es herrscht die Meinung, dass er vom Friedensprozess distanziert ist und es ihm nicht gelungen ist, dem Land zu Frieden zu verhelfen. Amtierende Präsident*innen haben jedoch enorme Vorteile und seine Wiederwahl ist daher trotz seiner Unbeliebtheit durchaus vorstellbar.

Zwischen den ehemaligen Rebellengruppen und der Regierung besteht weiterhin Uneinigkeit hinsichtlich des Wahlgesetzes sowie darüber, wie während der Wahlen die Sicherheit gewährleistet werden soll. Werden diese Fragen nicht für beide Seiten zufriedenstellend beantwortet, steigt natürlich auch die Gefahr von Spannungen zum Zeitpunkt der Wahlen. Und nicht zuletzt werden die ehemaligen Rebellengruppen wissen wollen, was passiert, wenn der Präsident abtritt. Wird ein möglicher Nachfolger das Abkommen respektieren? Es gibt eine ganze Reihe weiterer Hürden, weswegen dieses Jahr womöglich doch keine Wahlen stattfinden werden. In manchen Regionen wird die schlechte Sicherheitslage eine Stimmabgabe möglicherweise gänzlich verhindern. Außerdem stellt sich die Frage, wie die Vertriebenen ihre Stimme abgeben sollen.

WELCHE ROLLE SPIELT ALGERIEN, ALS VERMITTLER IN DIESEM FRIEDENSPROZESS, UND WELCHE FRANKREICH? WER HAT DERZEIT SOLDAT*INNEN IN MALI STATIONIERT? VIELE MENSCHEN IN MALI BEKLAGEN, DASS SIE NICHT SELBST ÜBER IHRE ZUKUNFT ENTSCHEIDEN. WIE SEHEN SIE DAS?

Dieses Thema kam in meinen Gesprächen häufig zur Sprache. Die Menschen hegen großes Misstrauen gegenüber Frankreich und Algerien. Sie beschuldigen beide Länder mit Nord-Mali zu spielen. Ich bin nicht davon überzeugt, dass Algerien oder Frankreich ihre

eigenen Pläne verfolgen, wie manche meinen. Aber ich denke, dass es von großer Relevanz ist, dass viele Menschen in Mali so empfinden. Gegenüber Algerien und Frankreich gibt es ein wirklich großes Misstrauen. Als Vermittler hat Algerien eine wichtige Rolle im Friedensprozess übernommen, aber wenn die Bevölkerung dem Vermittler nicht vertraut, verkompliziert dies natürlich alles. Und Frankreich, so denken viele in Mali, sei vor allem an Ressourcen interessiert, die potenziell unter der Sahara lagern. Die Rede ist von Uran- und Erdölvorkommen usw. Und es herrscht das Gefühl vor, dass Frankreich hinter den Tuareg stehe, emotional der MNLA⁴ verpflichtet sei und dass Frankreich ein schwaches und geteiltes Mali wolle.

Noch während der Militärintervention 2013 stand Frankreich in Mali hoch im Kurs. Die Menschen hießen die französischen Truppen mit französischen Fahnen auf den Straßen willkommen. Mittlerweile stoßen Frankreich und französische Soldat*innen auf große Abneigung.

WIE SEHEN SIE DIE ÖFFENTLICHE MEINUNG ZUR STARKEN PRÄSENZ AUSLÄNDISCHER SOLDAT*INNEN IM LAND?

Viele Menschen in Mali misstrauen der Operation Barkhane, dem französischen Militäreinsatz gegen islamistische Milizen in der Sahel-Region. Viele Leute sind darüber verunsichert, dass die Gewalt, der sie ausgesetzt sind, von lokalen Kriminellen oder ethnischen Milizen verübt wird. Das ist die wahre Ursache der Unsicherheit im Leben der Bevölkerung.

Barkhane wiederum ist auf die Terrorist*innen und Islamist*innen fokussiert. Die Menschen verstehen nicht, warum die französischen Soldat*innen sich nicht ihrer Probleme annehmen.

⁴ Die MNLA (Mouvement National de Libération de l'Azawad) wurde 2011 gegründet. Diese politische und militärische Organisation setzt sich hauptsächlich aus Tuaregen zusammen und war eine der Gruppierungen, die Nord-Mali besetzten. Damals kämpfte sie für einen unabhängigen Staat Azawad.

Viele glauben, dass Frankreich ein Geheimabkommen mit den Tuaregen und insbesondere mit der MNLA in Kidal hat.⁵ Eine Person, mit der ich sprach, nannte Kidal ein französisches Protektorat. Es gibt also eine Menge Abneigung, Verdächtigungen und Misstrauen.

Aber den Menschen ist auch zweifelsohne die tatsächlich schlechte Sicherheitslage bewusst. Ohne Umfragedaten ist es jedoch sehr schwierig zu wissen, was die Bevölkerung tatsächlich denkt. Mein Gefühl ist jedoch, dass die meisten nicht wollen, dass die ausländischen Truppen das Land verlassen. Sie wollen lediglich, dass diese andere Prioritäten setzen. Der Staat soll die Kontrolle zurückerlangen, und die Menschen verlangen bessere Regierungsführung. Sie sind eher besorgt über das Wirrwarr an Truppen, die in derselben Region aktiv sind: zum Beispiel MINUSMA, Barkhane, die malische Armee und die EU-Ausbildungsmission⁶. Das führt zu Unklarheiten und Argwohn gegenüber den Sicherheitskräften.

Kurz gefasst: Ich kann nicht sagen, wie viele Menschen wirklich wollen würden, dass das französische Militär und MINUSMA das Land verlassen. Mit der Verschlechterung der Sicherheitslage in Mali und anderen Teilen der Sahel-Region gibt es auch immer mehr Gründe für diese zu bleiben. Und das unbenommen der Frage, warum sich die Lage trotz all dieser Unterstützung immer weiter verschlechtert.

DIE G5-SAHEL-INITIATIVE, DER MAURETANIEN, MALI, BURKINA FASO, DER NIGER UND TSCHAD ANGEHÖREN, IST BESTREBT, GEMEINSAM MIT DER FRANZÖSISCHEN BARKHANE-OPERATION DIE DSCHIHADISTISCHEN

⁵ Kidal ist eine Stadt in Nord-Mali, die 2012 von Milizen besetzt wurde. Zurzeit ist die der Haupteinsatzort der französischen Barkhane-Operation. Die malische Armee ist dort nicht präsent.

⁶ Die multinationale Ausbildungsmission der Europäischen Union (EUTM) trainiert malische Soldat*innen. Seit 2016 ist die EUTM ebenfalls in Nord-Mali vor Ort. Die UN-Mission erlaubt nur eine Ausbildung zur Selbstverteidigung.

**KRÄFTE IN DER REGION ZU BEKÄMPFEN. KANN ES GEMEINSAM
GELINGEN, DIE ISLAMIST*INNEN ZU BESIEGEN?**

Ich glaube nicht, weil bislang nur von einem Kontingent von 5.000 Soldat*innen für die gesamte Region die Rede ist. Das gälte auch, wenn diese nur in Mali und den Grenzregionen zu Burkina Faso und dem Niger eingesetzt würden. Ungeachtet dessen, dass ich nicht denke, dass mehr Soldat*innen die Antwort sind, glaube ich auch nicht, dass 5.000 Soldat*innen genug sind, um das zu erreichen, was die Unterstützer*innen der G5 sich erhoffen. Manche hoffen und sind optimistisch, dass die G5 den französischen Truppen ein Ausstiegsszenario aus Mali bieten könnten. Doch ich glaube nicht, dass das funktionieren wird. Frankreich wird sich verpflichtet fühlen zu bleiben.

**WAS KANN GETAN WERDEN, UM DEN FRIEDENSPROZESS IN MALI
VORANZUBRINGEN?**

Aus meiner Sicht müsste der politische Prozess beschleunigt werden. Militärisch lässt sich dieser Konflikt nicht lösen. Es müsste daher darum gehen, möglichst viele Parteien am Friedensprozess zu beteiligen, einschließlich der islamistischen Gruppen. Zuerst muss der Dialog neu begonnen werden. In Mali wird das kontrovers diskutiert, und auch in Paris und Washington ist die Vorstellung nicht sehr beliebt, aber ich denke, dass es einen Dialog mit den Islamist*innen geben muss, insbesondere mit Ag Ghali⁷ und auch mit Amadou Koufa⁸. Manche glauben, dass Koufa von Ag Ghali

⁷ Lyad Ag Ghali ist ein Anführer der Tuareg, der am Tuareg-Aufstand in den 1990ern beteiligt war und sich dabei den dschihadistischen Gruppen in der Region annäherte. 2012 gründete er mit Ansar Dine eine salafistisch ausgerichtete Dschihad-Gruppe, die an der Besetzung von Nord-Mali beteiligt war. Er übernahm die Verantwortung für die Angriffe auf die französische Botschaft in Ouagadougou sowie auf das Hauptquartier der Armee in Burkina Faso im März 2018.

⁸

Amadou Koufa ist ein Peul aus der Region Mopti. Gemeinsam mit Lyad Ag Ghali nahm er 2012 an der Besetzung von Nord-

kontrolliert wird, weshalb Ag Ghali die eigentliche Schlüsselfigur in dieser Situation ist. Koufa und Ag Ghali stammen beide aus Mali, während etliche der Islamist*innen aus Algerien kommen. Diejenigen, die in Mali für einen Dialog eintreten, verlangen, dass die malische Regierung mit denjenigen verhandeln solle, die selbst aus Mali kommen.

Öffentlich stellt sich die französische Regierung gegen einen Dialog mit dschihadistischen Gruppen. Als letztes Jahr eine Konferenz der nationalen Verständigung die formale Empfehlung abgab, den Dialog mit Koufa und Ag Ghali zu suchen, war die französische Regierung sofort dagegen. In ihren Augen ist dies ein Kampf gegen den Terrorismus. War der malische Präsident eingangs gegenüber der Idee des Dialogs möglicherweise sogar offen, änderte er seine Meinung rasch, als Frankreich seine Ablehnung von Gesprächen mit Koufa und Ag Ghali kundtat. Sowohl die US-Regierung als auch die Vereinten Nationen führen schwarze Listen mit den Namen von Mitgliedern von Organisationen wie al-Qaida, dem IS usw. Ein Name auf diesen Listen ist Ag Ghali. Während die USA Gespräche nicht explizit ablehnen, verkomplizieren diese Listen den Dialog doch ungemein. Meine erste Empfehlung wäre, dass die westlichen Regierungen ihre Haltung in dieser Frage ändern. Alle glauben zu wissen, was die malische Regierung tun oder lassen sollte, hier sollten die westlichen Regierungen in Bezug auf ihre Position in der malischen Krise mehr Selbstkritik walten lassen. Denn auch wenn die malische Regierung Gespräche mit islamistischen Gruppen führt, gibt sie damit noch lange nicht Boden auf. Man sollte die Gespräche vorantreiben und schauen, was passiert. Sollten die Islamist*innen die Sharia für ganz Mali fordern oder dass alle Ausländer*innen das Land verlassen, wäre das natürlich für Mali und die internationale Gemeinschaft inakzeptabel. Aber es würde sich lohnen, einen Dialog zu beginnen, um mögliche Verhandlungsspielräume und Optionen zur Beilegung des Konflikts zu erkunden.

Mali teil. Im Jahr 2015 gründete er Le Front de Libération de la Macina, eine salafistisch-dschihadistische Gruppe.

ZIEL DES FRIEDENSPROZESSES IST ES, DEM MALISCHEN STAAT DIE ERNEUTE VOLLE KONTROLLE ÜBER DAS GESAMTE STAATSTERRITORIUM ZU SICHERN. WIE SCHÄTZEN SIE JEDOCH DIE WEITERE ENTWICKLUNG EIN, ANGESICHTS DESSEN, DASS DER MALISCHE STAAT ALS ÜBERAUS INEFFIZIENT UND KORRUPT GILT?

Zwar misstrauen viele dem Staat, aber mit Ausnahme der dschihadistischen Gruppen wollen alle den Staat wieder im Sattel sehen (obgleich viele Mitglieder der CMA einen Sonderstatus für Kidal fordern, etwa Autonomie). Die Bevölkerung wünscht sich also die Rückkehr des Staates, eines gerechten und fairen Staates, der die Sicherheit gewährleistet – bis dahin ist es aber noch ein langer Weg.

UND WIE STEHT ES UM TRADITIONELLE AUTORITÄTEN? LÄSST SICH DER STAAT VON UNTEN NEU AUFBAUEN?

Das ist durchaus möglich, aber der Staat muss auch auf lokaler Ebene fair sein. Im Zentrum des Landes gibt es beispielsweise nicht nur einen Konflikt zwischen den Peul und anderen ethnischen Gruppen, sondern auch Konflikte unter den Peul selbst. Ein Teil dieses Konflikts beruht auf der verbreiteten Wahrnehmung, wonach traditionelle Führungsfiguren, gewählte Vertreter*innen und Behörden auch bei den Peul korrupt sind. Mancherorts ist das Justizsystem somit Teil des Problems. Wenn der Frieden sich auf lokale Rechtsstrukturen stützen soll, müssen diese auch als fair angesehen werden. Lokale Behörden dürfen sich nicht einfach auf die Seite der Reichen schlagen. Gerechtigkeit braucht Sicherheit und hier ist die Frage entscheidend, wer diese Sicherheit gewährleisten soll. Statt eine Lösung sind lokale Milizen häufig eher eine Ursache der Gewalt. Selbst wenn sich die prekäre Sicherheitslage lokal verbessern lässt, so muss der Zentralstaat dabei dennoch eine Rolle spielen.

Alle auf dieser Webseite veröffentlichten Artikel sind von Dritten geschrieben worden. Die darin geäußerten Ansichten und Meinungen sind daher die der Autor*innen und spiegeln nicht die Position der Rosa-Luxemburg-Stiftung wider.

WAS FÜR EIN MALI WÜNSCHT SICH DIE MALISCHE BEVÖLKERUNG?

Es gibt noch immer eingefleischte Separatist*innen in der MNLA, die ein neues Land im Norden mit dem Namen Azawad wollen. Und es gibt eine Reihe von Gruppen innerhalb der CMA, die mehr Autonomie wollen, sei es in Form starker Regionen oder einer föderalen Staatsstruktur. Viele Menschen im Zentrum des Landes wünschen sich die Rückkehr des Staates. Und dann gibt es natürlich auch Islamist*innen, die ihre eigene Agenda einer strikten Sharia im Land und eines islamischen Staates verfolgen.

Säkular orientierte Personen und Intellektuelle wünschen sich, Mali neu zu denken. Dabei sollte die kulturelle Dominanz bestimmter ethnischer Gruppen zurückgedrängt werden und stattdessen Inklusion und Diversität Einzug erhalten. Ein malischer Intellektueller, mit dem ich sprach, meinte beispielsweise, dass die malische Hauptstadt aus symbolischen Gründen an einen Ort in der Mitte des Landes verlegt werden sollte. Ich glaube nicht, dass so eine Idee tatsächlich umsetzbar ist, aber interessant ist sie allemal. Es ist eine auf der symbolischen Ebene verortete Überlegung, mit der zum Ausdruck gebracht werden soll, dass Malis Diversität bislang nicht ausreichend institutionalisiert worden ist.

Es gibt aber auch viele, die beklagen, dass zuviel über Ethnizität geredet werde. Aktuell spielt der ethnische Hintergrund einer Person eine zunehmend wichtige Rolle. Immer mehr Menschen denken in ethnischen Kategorien. Gleichzeitig gibt es aber auch diejenigen, die sagen, dass sie ein Mali wollen, wo sie einfach nur Malier*innen sind.